Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8044**

17. Wahlperiode 01. 12. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Brigitte Pothmer, Fritz Kuhn, Katrin Göring-Eckardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/5235 –

Integration Älterer in den Arbeitsmarkt verbessern

A. Problem

Die niedrigen Beschäftigungsquoten Älterer in Deutschland sind nach Einschätzung der antragstellenden Fraktion hausgemacht. Die Trendwende bei der Beschäftigung Älterer sei noch nicht erreicht, aufgrund des Fachkräftemangels und des demographischen Wandels aber dringend nötig.

B. Lösung

Um mehr Ältere in Beschäftigung zu bringen, setzen die Antragsteller auf eine gezielte Förderung der Weiterbildung auch in kleinen und mittleren Betrieben. Das Programm Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer solle unbefristet im Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) verankert und über ein neues Erwachsenenbildungsförderungsgesetz sollten spezielle Umschulungen gefördert werden. Darüber hinaus wird u. a. eine Teilrente bei Verringerung der Arbeitszeit ab dem 60. Lebensjahr gefordert.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/5235 abzulehnen.

Berlin, den 30. November 2011

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Max Straubinger	**Dr. Matthias Zimmer**
Stellvertretender Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Matthias Zimmer

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/5235** ist in der 102. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. April 2011 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Situation Älterer auf dem deutschen Arbeitsmarkt entwickelt sich nach Analyse der antragstellenden Fraktion zwar positiv, jedoch bei Weitem nicht zufriedenstellend. So betrage die Erwerbstätigenquote bei den 60- bis 64-Jährigen nur 38 Prozent. Nur etwas mehr als die Hälfte der älteren Erwerbstätigen sei sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Diese Altersgruppe habe zudem größte Schwierigkeiten, aus Arbeitslosigkeit heraus wieder eingestellt zu werden. Rund 35 Prozent aller Betriebe habe im Jahr 2008 angegeben, keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über 50 Jahren zu beschäftigen.

Wesentliche Faktoren für die Beschäftigungschancen Älterer seien ihre Qualifikation und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Entsprechend setzen die Initiatoren auf einen Ausbau der Weiterbildung auch in kleinen und mittleren Betrieben. Das Programm Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen solle unbefristet im SGB III verankert, die durch Arbeitsagenturen und Jobcenter geförderten Weiterbildungsangebote sollten auf Geringqualifizierte und anerkannte Berufsabschlüsse konzentriert werden. Angestrebt wird auch ein neues Erwachsenenbildungsgesetz, wonach der Rechtsanspruch auf Förderung nicht an starre Altersgrenzen gebunden sein solle. Als Teil einer alters- und alternsgerechten Arbeitsgestaltung solle zudem u. a. eine Teilrente bei Verringerung der Arbeitszeit ab dem 60. Lebensjahr eingeführt werden. Änderungen werden auch bei der Vermittlung Älterer aus der Arbeitslosigkeit heraus angestrebt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Ausschuss für Gesundheit sowie der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung haben den Antrag auf Drucksache 17/5235 in ihren Sitzungen am 30. November 2011 beraten. Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** sowie der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** haben dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung der Vorlage empfohlen. Der **Ausschuss für Gesundheit** gab diese Empfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/5235 in seiner 81. Sitzung am 30. November 2011 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, dass man bei der Beteiligung älterer Beschäftigter am Erwerbsleben in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt habe. Noch nie sei die Erwerbsbeteiligung Älterer so hoch gewesen wie heute. Die Koalition habe bereits Erfolge vorzuweisen. Hinzuweisen sei auch auf Initiativen, wie die Initiative für neue Qualität in Arbeit, einer Gemeinschaftsinitiative aus Bund, Ländern, Sozialversicherungsträgern, Gewerkschaften, Stiftungen und Unternehmen. Man dürfe nicht stetig neue Regelungen schaffen. Das bremse die Entwicklung stärker, als dass sie nütze. Die Fraktion teile zwar die Zielsetzung des Antrags, nicht aber dessen Vorschläge im Detail und lehne ihn daher ab.

Die **Fraktion der SPD** lobte, dass der Antrag grundsätzlich in die richtige Richtung gehe. Leider weise er aber auch entscheidende Lücken auf und sei an verschiedenen Stellen zu unpräzise. Offen bleibe beispielsweise, was mit denen geschehen solle, die vor Erreichen des regulären Renteneintrittsalter aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssten, weil sie dem Arbeitsalltag nicht mehr gewachsen seien. Die Erwerbsquote Älterer sei nach wie vor niedrig. Entsprechend müsse der Übergang von Arbeit in Rente besser abgesichert und flankiert werden als bisher. Es sei richtig, dass die Datenlage in diesem Bereich deutlich verbessert werden müsse. Im Ergebnis werde man sich der Stimme enthalten.

Die **Fraktion der FDP** stimmte zu, dass man angesichts des demographischen Wandels und des Fachkräftebedarfs die Situation Älterer am Arbeitsmarkt verbessern müsse. Der Antrag aber überzeuge nicht. Teilweise schieße er über das Ziel hinaus. So sei etwa die behauptetet Aussteuerung durch eine Regelung, die alleine die Statistik betreffe und die Vermittlung unberührt lasse nicht gegeben. Teilweise seien seine Forderungen bereits erfüllt. Insbesondere in Bezug auf die Förderung der Weiterbildung habe die Koalition bereits Verbesserungen erreicht. In der Frage der Anhebung der Hinzuverdienstgrenzen werde die Koalition im Rahmen der Rentenreform im nächsten Jahr Regelungen treffen. Somit werde man den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stimmte dem Ziel zu, Arbeitsmarktchancen und -bedingungen Älterer zu verbessern. Die meisten Menschen würden von sich aus bis zum regulären Renteneintrittsalter arbeiten wollen. Wer das aber nicht schaffe, dürfe dafür nicht bestraft werden. Die im Antrag vorgeschlagenen Regelungen zu den Zuverdienstgrenzen im Alter seien problematisch. Auch fehle ein Hinweis auf die kritikwürdige Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Der Forderung nach Streichung statistischer Verdunkelungsregelung stimme die Fraktion zu. Auch

die „Zwangsverrentung“ von SGB-II-Beziehenden über 63 Jahren müsse gestrichen werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, dass die Situation älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt noch immer unbefriedigend sei. Für die 60- bis 64-Jährigen habe sie sich im vergangenen Jahr sogar noch verschlechtert – bei insgesamt abnehmender Arbeitslosigkeit. Angesichts des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels müsse die Politik ihre Anstrengungen zur Verbesserung der Lage endlich vermehren. Das gelte beispielsweise für die Vermittlung Älterer. Über 55-Jährige hätten bisher so gut wie keine Chance, eine sozialversicherungspflichtige Stelle zu finden, wenn sie einmal arbeitslos geworden seien. Wesentlicher Faktor sei auch die Qualifizierung. Bisher hätten Ältere kaum Gelegenheit, an Weiterbildung teilzunehmen.

Berlin, den 30. November 2011

Dr. Matthias Zimmer
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333